Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1892

118 (20.5.1892) II. Blatt

Visual Library

Ausgabe: Wöchentlich zwölf mal.
Abonnementspreis: Vierteljährlich: in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf., in das Haus gebracht: 2 Mark 80 Pfg., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf. Vorausbezahlung.

Badische Landeszeitung.

Anzeigegebühr: Die 1spaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., im Reklamentheile 40 Pf.
Bemerkungen: Unbenützt gebliebene Einsendungen werden nicht aufbewahrt und können nachträgliche Honorar-Ansprüche keine Berücksichtigung finden.

Nr. 118. II. Blatt. Karlsruhe, Freitag, den 20. Mai 1892.

Badischer Landtag.

* Karlsruhe, 19. Mai.

80. Sitzung der zweiten Kammer.

Am Ministertische: Finanzminister Dr. Ellstätter und Ministerialdirektor Seubert, später Kultusminister Geh. Rath Dr. Nokk.

Erster Vizepräsident von Buol eröffnet 9¼ Uhr die Sitzung.

Der Sekretär zeigt eine neue Eingabe an, welche der Bittschriftenkommission zur Prüfung ihrer Dringlichkeit überwiesen wird.

Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten: Berathung des Berichts der Budgetkommission über das Budget der Eisenbahnschuldentilgungskasse für die Jahre 1892 und 1893.

Abg. Friderich als Berichterstatter macht einige erläuternde Ausführungen zu seinem schriftlichen Berichte und weist darauf hin, daß bis 1891 an allgemeinen Zuschüssen nicht weniger als 51,185,000 Mark bewilligt worden seien. Für die Jahre 1892 und 1893 gestaltet sich das zur Berathung stehende Budget folgendermaßen: Ausgaben: 1) Verwaltungsaufwand 59,781 M. für 1892 und 60,351 Mark für 1893. 2) Passivzinsen für 1892: 13,705,144 M., für 1893: 14,054,180 M., im Durchschnitt beider Jahre: 13,879,662 Mark. 3) Planmäßige Schuldentilgung: 4,371,464 M. (1892), 4,316,706 Mark (1893). 4) Rückerstattung von Vorschüssen an die Amortisationskasse: 4,059,000 M. 5) Bauaufwand: 8,000,000 Mark (1892), 8,172,976 M. (1893). 6) Rabatt. 7) Kassen- und sonstige Aktivbestände: 7,527,473 Mark (1892), 6,830,774 M. (1893). Die Summe aller Ausgaben beträgt somit für das Jahr 1892: 37,722,862 M., für das Jahr 1893: 33,434,889 M., Summe: 71,157,751 Mark. Die Summe aller Einnahmen ist gleich hoch der Summe aller Ausgaben. Berichterstatter hebt zum Schlusse den beunruhigenden Rückgang der Rente im Jahre 1891 hervor und mahnt zur Vorsicht hinsichtlich neuer Bewilligungen.

Abg. Präsident Lamey bemerkt, wenn auch eine wesentliche Tilgung nicht habe erfolgen können, da nur einzelne bereits bewilligte Kredite in das nächste Budget verschoben und übertragen worden seien, so seien doch schon diese wenigstens nominellen Tilgungen ein erfreuliches Ergebniß. Mit dem neu aufzunehmenden Darlehen werde wieder ein wesentlicher Theil (12 Millionen) an Schulden gegenüber den Staatsgläubigern getilgt. Nach Abzug der Amortisationssumme ergebe sich eine Schuldenvermehrung von 6,274,000 Mark. Wenn man zu rasch Eisenbahnen baue, so werde allen Anderen, die noch eine Bahn anstreben, die Hoffnung genommen, je ihr Ziel zu erreichen, weil die fortwährenden Zuschüsse endlich dazu führen müßten, Einhalt zu thun. Redner hält es endlich nicht für gut und durchsichtig, wie dermalen die Eisenbahnen im Budget behandelt werden, er würde wünschen, daß das Extrabudget für Eisenbahnen beseitigt würde und der wichtigste von allen Ausgabe- und Einnahmeposten mit einbezogen werde in die Ziffern des Gesammtstaatshaushaltes, um zu sehen, welche Stellung diese Ziffern in demselben einnehmen; auch sollten die Zuschüsse zu Privatbahnen im Eisenbahnbudget Aufnahme finden. Das bisherige System biete auch den Gläubigern die denkbar geringste Sicherheit. Redner würde also die großh. Regierung ersuchen, dem Vorschlage näher zu treten.

Finanzminister Dr. Ellstätter erklärt sein vollständiges Einverständniß mit den Ausführungen des Vorredners. Besonders betont auch Redner, daß man sich doch endlich fragen müsse, ob in den jährlichen Zuschüssen die Staatskasse nicht über Gebühr für Eisenbahnzwecke in Anspruch genommen werde, wogegen andere Interessen darunter Schaden leiden müßten. Dem stünden auch noch die vielseitigen Bestrebungen, die Rente noch zu schmälern durch Erbauung neuer Konkurrenzbahnen gegenüber. Gerade mit den Neubauten könne man nicht vorsichtig genug sein. Der Einwand, daß nicht das finanzielle, sondern das volkswirthschaftliche Interesse ausschlaggebend sein müsse, werde meistens durch sich selbst widerlegt, indem der volkswirthschaftliche Nutzen der Bahnen in der Regel weit hinter den vorausgegangenen Prophezeiungen zurückbliebe. Die Schuldvermehrung werde wesentlicher sein, als der Vorredner angegeben, weil die Rückerstattung an die Amortisationskasse (4,059,000 Mk.) nicht in Abzug gebracht werden könne. Die Zuschüsse an Privatbahnen in das Eisenbahnbudget aufzunehmen, damit Alles, was für Eisenbahnen aufgewendet wird, dort in Rechnung gebracht werde, ginge deshalb nicht an, weil dies einmalige Ausgaben seien, wie alle anderen zu Staatszwecken. Die Ausscheidung der Eisenbahnverwaltung aus dem Staatsbudget betreffend, sei Redner der Ansicht, daß die Sicherheit der Gläubiger davon nicht betroffen werde. Die Erfahrung anderer Staaten habe Redner belehrt, daß man einerseits sich auf Ueberschüsse aus den Eisenbahnen, wenn solche vorhanden, einrichte, andererseits durch fortgesetzte Zuschüsse sich keineswegs vor der Bewilligung neuer Bahnen zurückschrecken lasse. Diese formale Hülse, die Aufhebung der Trennung, werde also nicht von wesentlichem Belang sein können. Zum Schlusse hebt Redner noch den vom Berichterstatter angeregten Rückschlag der Einnahmen im Jahre 1891 hervor (gegen 1890 um über 5,400,000 Mk. weniger), desgleichen bei der Bodenseedampfschiffahrt ein Ausfall von 42,000 Mk. der Zinsenbedarf sei um den Betrag von 419,000 Mk. aus dem Ergebniß aller Staatsbahnen ungedeckt geblieben und habe also Zuschuß erfordert. Solchen Thatsachen werde man endlich also doch Rechnung tragen müssen.

In der Spezialberathung bringt Abg. Wittum Mißstände auf dem Bahnhof in Pforzheim zur Sprache. Der Raum zwischen dem Personen- und Güterbahnhof sei so schmal und eng, daß infolge des Platzmangels jeder Verkehr gehemmt und beeinträchtigt ist, die Verwirrung und das Gedränge sei heillos; der Perron sei zu eng und noch dazu abschüssig gegen die Geleise hin. Ebenso sei eine Ueberbrückung der belebten Straße unbedingt nothwendig. Seit 1876 habe eine Bittschrift die andere, eine Versammlung die andere abgelöst, um Abhilfe dieser Uebelstände zu erreichen. Es werde wieder keine Hilfe geschaffen werden, bis ein Unglück geschieht. Es sei aber unverzeihlich, einer verhältnißmäßig bagatellmäßigen Auslage wegen derartige Gefahren fortbestehen zu lassen.

Finanzminister Dr. Ellstätter bezeichnet die Ausführungen des Vorredners als theilweise sehr übertrieben und widerlegt und berichtigt dieselben.

Abg. Geseil bittet ebenfalls die großh. Regierung, den unerhörten Mißständen auf dem Bahnhof in Pforzheim abzuhelfen, die bereits bewilligten Mittel zu verwenden und die noch erforderlichen neuen Ausgaben der Stadt Pforzheim zu gewähren, damit sie endlich an das Ziel ihrer berechtigten Wünsche gelange.

Abg. Wittum erwidert auf die Bemerkungen des Finanzministers und begründet nocheinmal die Wünsche der Stadt Pforzheim unter Hinweis auf die Dringlichkeit der Abhilfe.

Abg. Frank erklärt, daß man in Pforzheim den Uebergang am Hauptbahnhof daselbst nicht entbehren könne. Es seien ja an sich nur unbedeutende Wünsche, welche der Pforzheimer Stadtrath geäußert habe und diesen sollte doch nach Recht und Billigkeit entsprochen werden. Man solle doch auch einmal der Stadt Pforzheim entgegenkommen und endlich darauf hinwirken, daß am Bahnhofe zu Pforzheim geordnete und befriedigende Zustände geschaffen werden.

Nach einigen unwesentlichen Bemerkungen der Abgg. Rüdt, Gesell und Wilckens schließt die Debatte und die eingangserwähnten sieben Artikel werden vom Hause genehmigt.

Die Einnahmen sind 1) Kassenvorrath für 1892 mit 122,164 M., für 1893 mit 127,473 M.; 2) die Aktiven für 1892 mit 10,719,752 M. und für 1893 mit 7,400,000 M. eingestellt; für 3) Aktivzinsen sind je 150,000 M.; für 4) Dotation im Ganzen für 1892 auf 18,490,946 M. und für 1893 auf 18,547,416 M. Die Summe aller Einnahmen beträgt für 1892 37,722,862 M., für 1833 auf 33,434,889 M. Alle diese Summen werden mit Ausnahme des Antheils an den Ueberschüssen der Reichspost- und Telegraphenverwaltung 500,000 M. ohne weitere Verhandlung bewilligt.

Bei dieser letzten Position bringt

Abg. Wittmer eine persönliche Angelegenheit zur Sprache. Redner hatte seiner Zeit bei der Etatsberathung einige Mißstände vorgebracht, unter denen verschiedene Gemeinden des Landes bezüglich der Erbauung neuer Postgebäude zu leiden hätten. In Folge dieser Bemerkungen sei dann in der amtlichen Karlsruher Zeitung eine längere Entgegnung erschienen, die offenbar von einer der Sache nahestehenden, sehr empfindlichen Persönlichkeit ausging und sich in starken Ausdrücken gegen die Aeußerungen des Abgeordneten wandte. Er habe darauf der Karlsruher Zeitung eine Erwiderung übergeben, welche jedoch von der Redaktion einfach abgelehnt wurde. Das sei doch in hohem Grade sonderbar, und deßhalb bleibe ihm nichts weiter übrig, als die Angelegenheit hier zum Austrag zu bringen. In dem betr. Artikel des amtlichen Blattes habe ihm dieser Herr Unkenntniß der Dinge vorgeworfen und bemerkt, daß Ort und Tendenz für diese Bemerkungen völlig verfehlt gewesen seien. Das sei eine merkwürdige Ueberhebung des Artikelschreibers. Die Kenntniß der Dinge habe Redner aus den Thatsachen erhalten, die nicht bestritten werden konnten, und was den Ort betrifft, so erinnere er daran, daß es ja gerade die Pflicht eines Abgeordneten sei, die Mißstände, die sich im Lande zeigten, hier zur Sprache zu bringen. Der Ort sei also durchaus der richtige gewesen und wenn die Besprechung der Mißstände in einer so milden Form geschah, wie hier, so könne Niemand, auch der Artikelschreiber nicht, der ja sogar nicht weit von Karlsruhe geboren sein soll, etwas dagegen haben. Merkwürdiger Weise sei der Artikel auch noch in besonderen Abzügen gedruckt und allenthalben, auch von den Dienern der Kammer, weiter verbreitet worden. Redner sei zur Besprechung dieser Angelegenheit nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet gewesen. Man habe ihn von verschiedenen Seiten beglückwünscht, daß er auf diese zwischen den Gemeinden und der Reichspostverwaltung zu Tage tretenden Uebelstände hinwies, und namentlich die Stadt Bretten, deren Erfahrungen bezüglich des Postneubaues von ihm angezogen wurden, habe ihn in der Sache unterstützt. Auch ein in Bretten erschienener Artikel habe ihm vollständig Recht gegeben und in Folge des Briefwechsels, der darauf hin zwischen dem Gemeinderath Bretten und der Reichspostverwaltung Karlsruhe entstand, sei dann auch dem Anschein nach die feierliche Einweihung des neuen Postgebäudes unterblieben. Wenn schließlich der Artikelschreiber ihm etwa mit dem Worte, daß die Tendenz eine verfehlte sei, irgend eine nicht der Pflicht des Volksvertreters entsprechende Absicht unterschieben wolle, so könne er dies nur als Verleumdung bezeichnen. Er sei empört über einen derartigen Angriff des Reichspostbeamten auf einen Landtagsabgeordneten und weise ihn als eines Mannes unwürdig zurück.

Finanzminister Dr. Ellstätter gibt Namens der großh. Regierung die Erklärung ab, daß „sie von der eben behandelten Angelegenheit gar nichts weiß". (Heiterkeit.)

Abg. Kögler geht auf die Frage des neuen Postgebäudes in Bretten näher ein und schildert die Schwierigkeiten, mit denen die Gemeindeverwaltung bezüglich desselben zu kämpfen habe.

Abg. v. Bodman bemerkt, er habe auf persönliche Erkundigung in Gernsbach erfahren, daß man dort mit der Anlage des neuen Postgebäudes zufrieden sei und keine Klagen darüber höre.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist die Berathung des Gesetzentwurfs, betr. die Besteuerung für allgemeine kirchliche Bedürfnisse.

Abg. Fieser hat darüber Namens der Kommission eingehenden schriftlichen Bericht erstattet. Er dürfe, so bemerkt Redner einleitend, den jetzigen Abschluß dieser Vorlage nach der Kommissionsfassung mit Freude begrüßen. Man habe den Wünschen der Interessenten dabei Rechnung zu tragen sich bestrebt und vor Allem die Bestimmung darin aufgenommen, daß den Kirchen die ihnen vorbehaltene Selbständigkeit durch den Gesetzentwurf in keiner Weise beschränkt wird. Derselbe entspricht dem Gesetz vom 26. Juli 1888 und die Kommission ist von dem Gedanken ausgegangen, daß das freundschaftliche Verhältniß zwischen Staat und Kirche aufrecht erhalten bleiben müsse. Der Staat muß sich das Recht wahren, das Verhältniß, in welchem das Bestimmungsrecht der Kirche zu dem des Staates und der Gemeinde steht, nach eigenem Ermessen zu bestimmen; staatlichen Zwang kann derselbe nur insoweit gewähren, als die Nothwendigkeit des Bedürfnisses nachgewiesen ist und die kirchliche Steuer nicht einen Umfang annimmt, der mit der Steuerkraft der Staatsangehörigen außer Verhältniß steht. Dies Bedürfniß ist in der protestantischen Kirche überzeugend nachgewiesen, besonders in dem Mangel der Wittwen- und Waisenversorgung, aber auch die katholische Kirche wird das Bedürfniß nicht verkennen können, ganz abgesehen von der Frage der Fortdauer der staatlichen Gehaltsaufbesserung der Geistlichen, die nicht als eine ständige Einrichtung gedacht war. In der Kommission hat die Frage der Steuerbewilligung durch den kirchlichen Repräsentativkörper eine eingehende Erörterung erfahren und der Steuer ist schließlich nicht das Gemeinde-, sondern das Staatssteuersystem zu Grunde gelegt worden. Redner empfiehlt schließlich die Annahme des Gesetzentwurfs nach Maßgabe der bereits im heutigen ersten Blatt mitgetheilten Grundsätze.

Abg. Kögler meint, wenn alle Bedürfnisse der Kirche berücksichtigt werden sollen, so müßten reichlichere Mittel zur Verfügung gestellt werden, weil die Erträgnisse des Grundstockvermögens nicht mehr ausreichten. Daß das kirchliche Grundstockvermögen aufgezehrt wird, kann weder der Staat noch die Oberkirchenbehörde und ebensowenig die Kirchengemeinden wie Kirchengenossen zugeben. Um dies zu verhindern, hat auch die großh. Regierung schon in dem letzten Staatsbudget, wie auch in dem neuen Budget einen Beitrag von je 100,000 M. eingestellt, welcher aber auch nicht ausreicht, um das Defizit zu beseitigen. Man muß den nothwendigen Bedürfnissen der Kirche Rechnung tragen und dazu sind reichlichere Mittel nothwendig, durch die nicht allein der Ausfall gedeckt wird, sondern auch für die Hinterbliebenen der Pfarrer, der Wittwen und Waisen besser gesorgt werden kann. Aber in einem paritätischen Staat wie Baden geht es auf längere Zeit nicht an, daß aus allgemeinen Staatsmitteln nur eine Religionsgemeinschaft unterstützt werden kann, es geht auch deßhalb nicht an, weil jede Kirche schon im Interesse ihres Ansehens für sich selber zu sorgen und die nöthigen Mittel aufzubringen hat. Und wenn man bedenkt, unter welchen unangenehmen Erörterungen in diesem hohen Hause schon zweimal die angeforderten 100,000 M. bewilligt worden sind, so ist es für die Kirche viel würdiger, sie verzichtet auf die Staatszuschüsse und bestreitet ihre Bedürfnisse aus eigenen Beiträgen. Um dies aber zu erreichen, bleibt nichts anderes übrig, als die allgemeine Kirchensteuer einzuführen. Redner weiß wohl, daß das Wort Kirchensteuer, wieder eine neue Steuer, die Wähler nicht sehr erfreuen wird. Trotzdem aber habe er die Ueberzeugung, daß wenn den Kirchengenossen die Nothwendigkeit der Erhebung einer Steuer dargelegt wird, und wenn dieselbe nur in kleinen Beträgen erhoben wird, die Bevölkerung sich beruhigen werde. Sie werde auch in geringen Beträgen gehalten werden. Die Hoffnungen mancher Geistlichen werden allerdings nicht in Erfüllung gehen, welche glaubten, der Erhebung der Steuer keine Grenzen setzen zu sollen, damit man in reichlicherem Maße alle Wünsche der Geistlichen befriedigen könnte. Aber im Hinblick auf eine neue Steuer, und daß die Einführung nicht allzu sehr mit Unmuth und Widerspruch aufgenommen und leicht getragen werden kann, glaubte die Kommission, die im Kommissionsbericht angegebene Höhe festsetzen zu sollen. Von den hohen Oberkirchenbehörden werden wir wohl annehmen dürfen, daß sie auch fernerhin, wie bisher das Kirchenvermögen gut verwalten und sparsame Haushaltung führen wird, damit die Steuerzahler nicht allzu sehr belastet werden, was nur im Interesse der Kirchen selbst sein kann. In diesem Sinne stimme er gerne dem Gesetz zu.

Abg. Hug legt das dringende Bedürfniß auf Seiten der kathol. Kirche dar; dazu seien die Sätze von 1800, 2000 und 2200 M. gegenüber den heutigen Lebensbedürfnissen ohnehin niedrig genug. Der Selbsthilfe ständen rechtliche Hindernisse im Wege; das Klassensystem, wenn man es einführen würde, könnte die zu erwartenden Vortheile nicht gewähren. Die Schaffung eines Repräsentativkörpers greife in ihren Grundzügen nicht in das innere Leben der Kirche ein und werde also von derselben nicht beanstandet. Der örtlichen Kirchensteuer sich hierbei anzuschließen, mußte schwere Bedenken erwecken, dieselbe sei keine einheitliche Steuer, sie theile sich in eine solche für engere kirchliche Bedürfnisse und eine solche für Kirchenbauten. Einer Uebereinstimmung der allgemeinen Kirchensteuer mit der örtlichen standen daher wesentliche Schwierigkeiten entgegen. Redner und seine Freunde hätten sich dem vermittelnden Vorschlag des Berichterstatters angeschlossen, daß die Repräsentativkörper entscheiden sollen, ob die zu erhebende allgemeine Kirchensteuer nur von der Einkommensteuer, oder von allen Gattungen der direkten Staatssteuern erhoben werde, sobald die Obergrenze von 10 Proz. der Staatssteuer erreicht sei.

Abg. Strübe hat nicht die Befürchtung, daß dieses Gesetz eine Verstimmung hervorrufen könnte. Die anfängliche Verstimmung in Hessen sei heute ganz verschwunden, dort sei aber auch in einer Weise vorgegangen worden, daß die Besteuerten wirklich belästigt wurden, was bei uns doch nicht der Fall sei. Die Gemeindesteuer der allgemeinen Kirchensteuer zu Grunde zu legen, sei unmöglich gewesen, weil dieselbe in den einzelnen Gemeinden eine sehr verschiedene sei. Die allgemeinen kirchlichen Mittel werden auf dem Lande viel mehr in Anspruch genommen. Das Gesetz sei ein Schritt zur weiteren Ordnung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat. Bezüglich der Steuersynoden müßte eine bestimmte Anzahl von Seelen zusammengefaßt und bestimmt werden, die dann ihren Vertreter zu wählen habe. Es sei dies eine Versuchszeit unter Assistenz der Staatsrotation, welche Wirkung und welchen Erfolg die Kirchensteuer haben werde. Redner ist überzeugt, daß durch das Gesetz den besten Elementen unseres Landes etwas Gutes geschaffen werde.

Abg. Wilckens vermag nicht einzusehen, inwiefern die Träger der Grund- und Häusersteuerkapitalien ein besonderes Interesse an den kirchlichen Bedürfnissen haben sollten. Dem Vermittelungsvorschlag wird Redner zustimmen, wie den übrigen Anträgen der Kommission.

Abg. Rüdt hält eine allgemeine Kirchensteuer für berechtigt, weil Staatsgesetze vorhanden seien (Gesetz vom Jahre 1860 und von 1888), welche eine solche einräumten. Nur möchte Redner einen Zusatz aufgenommen wissen, daß Derjenige, welcher aus der Kirche austrete, nicht weiter Steuer zu zahlen habe. Das Bedürfniß sei nicht zu bestreiten. Die katholische Kirche aber könnte von der Besteuerung absehen, weil sie reicher sei, zumal diese Besteuerung auch den Prinzipien der römisch-katholischen Kirche zuwiderlaufe und hiedurch das hierarchische Prinzip derselben durchbrochen werde. Von dem Standpunkte seiner Partei aus habe die Kirche mit dem Staate absolut nichts zu thun, weil die Religion nicht Staatssache, sondern Kirche und Glauben Privatsache seien. Redner wünschte in den Vertretungskörper nur Laienelemente aufgenommen. Mit dem Alternativprinzip bei der Erhebung der allgemeinen Kirchensteuer sei er einverstanden. Redner und sein politischer Freund werden dem Gesetze zustimmen, weil sie die Berechtigung desselben und das Bedürfniß anerkennen, weil ferner die arbeitenden Klassen weniger davon betroffen werden und seine Partei darin einen weiteren Schritt erblicke zu der in ihrem Programm aufgestellten Trennung von Kirche und Staat.

Darauf wird der vorgerückten Zeit wegen die Fortsetzung der Berathung des Gesetzentwurfes auf morgen Vormittag 9 Uhr anberaumt und die Sitzung geschlossen.

Schluß der Sitzung nach 1 Uhr.

Deutsches Reich.

* **Karlsruhe**, 19. Mai. Der Besuch des Kaisers von Rußland am deutschen Kaiserhofe soll vom russischen Botschafter in Paris, Baron Mohrenheim, dem Präsidenten Carnot mit dem Hinzufügen avisirt worden sein, daß es sich lediglich um einen Akt der Höflichkeit handle und daß dem Besuche keinerlei politische Bedeutung beizumessen sei. Es kann dahin gestellt bleiben, ob diese Mittheilung zutreffend ist: jedenfalls sind in letzter Zeit russische Federn eifrig thätig gewesen, die Franzosen darüber zu beruhigen, daß von einer Annäherung Rußlands an Deutschland keine Rede sein könne. So läßt sich das Memorial diplomatique aus Petersburg schreiben: „Die letzten Nachrichten aus Deutschland sind nicht danach angethan, eine günstige Idee von den innern Zuständen dieses Landes zu erwecken. Eine neue Ministerkrisis droht aus den parlamentarischen Debatten über die Militärreform hervorzugehen. Dieser Umstand ist nicht geeignet, die Voraussetzungen oder den Wunsch nach einer russisch-deutschen Verständigung, wovon heute weniger als je die Rede ist, zu verstärken. Die Gerüchte, nach denen Italien sich bald infolge finanzieller Verlegenheiten gezwungen sehen würde, seine Rüstungen zu reduziren, lassen in kurzer Zeit den Beginn der Zersetzung des Dreibund erwarten. Deutschland und Oesterreich-Ungarn, die dann nur noch auf ihre eigene Stärke zählen können, müssen entweder sich in finanziellen Opfern erschöpfen oder sich drein ergeben, von den beiden großen Militärmächten, die ihnen gegenüberstehen, bei Seite geschoben zu werden. Ein solcher Augenblick kann Rußland gewiß weder geeignet noch vortheilhaft erscheinen, vor ihnen zu kapituliren." Man sieht aus dieser Probe, wie Stimmung gemacht wird.

N. **Berlin**, 18. Mai. Gestern Abend fand hier eine große Katholikenversammlung statt, in welcher der Abg. Lieber die Kosten der rednerischen Unterhaltung trug. Der Saal war, wie die Germania sich geschmackvoll ausdrückt, „bis in die Puppen besetzt." Es wurde eine Resolution beschlossen, welche die Zurückziehung des Volksschulgesetzes beklagt, die Zulassung aller Orden einschließlich der Jesuiten fordert und die Wiederherstellung des Kirchenstaates verlangt. Aus der Rede des Herrn Lieber ist unter den landläufigen Phrasen die Klage hervorzuheben, daß „gutkatholische Männer" trotz aller Verdienste des Zentrums um Vaterland und Gesellschaft es noch immer nicht zu höheren Staatsstellen bringen können. — Der Reichstagsabgeordnete Dr. North, Vertreter von Straßburg-Land und Mitglied der nationalliberalen Partei, hat Zeitungsmittheilungen zufolge sein Reichstagsmandat aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt. Er war in diesem Wahlkreis, den er auch schon früher vertreten hatte, fast einstimmig gewählt worden. Dazwischen vertraten den Wahlkreis auch Vertreter von ausgeprägt elsässisch-partikularistischer Richtung.

Berlin, 18. Mai. Die Post schreibt: Der Figaro bringt unter Berlin eine Depesche, der Kaiser habe dem Quirinal seine Abneigung gegen ein Kabinet Crispi wegen dessen naher Beziehungen zu dem Fürsten Bismarck kundgegeben. Die Nachricht wird als völlig erlogen bezeichnet.

Hamburg, 18. Mai. Handels-Nachrichten zufolge wüthete die Ruhr so furchbar unter den Balis, der deutschen Schutztruppe der Eingeborenen im Hinterlande von Kamerun, daß ernste Besorgnisse für den Stamm gehegt werden. Bisher sind 700 (?) Personen gestorben.

Frankreich.

♀ **Paris**, 18. Mai. Die amtliche Todesanzeige der Union des christlichen Frankreich ist den Blättern in einer Note zugestellt worden, die keines Kommentars bedarf. Es heißt darin, die Liga sei für die Vertheidigung der religiösen Interessen „auf dem Boden politischer Neutralität" gegründet worden; da dieser Boden nicht den Wünschen des h. Vaters zu entsprechen scheine, so glaube der Ausschuß der Union, dessen einziger Zweck jene religiöse Vertheidigung gewesen, mit seinem Auseinandergehen eine Pflicht zu erfüllen. — Im Figaro spricht Fr. Magnard die Befürchtung aus, daß trotz der Einmischung des Papstes der religiöse Friede nicht wiederherzustellen sein werde. „Die Thatsachen bleiben", meint er, „und gerade die Thatsachen machen es schwer, die jetzigen Beziehungen zwischen Kirche und Staat zu erhalten. Sie können sich nur verschlimmern, es sei denn, daß wir einen völligen Umschwung erlebten und die mit dem Schreibfieber behafteten Bischöfe ein wenig ihren literarischen Kampfeseifer zügelten."

♀ **Paris**, 18. Mai. Aus Saint-Etienne wird von langen Verhören gemeldet, welche gestern Ravachol, Beala und Mariette Soubere bestanden haben (die beiden letzteren wurden auch neuerdings mit Chaumartin konfrontirt). Es handelte sich dabei hauptsächlich um die Ermordung der beiden Schwestern Marcon in der Rue de Branne. Beala leugnete entschieden seine Betheiligung an diesem Verbrechen ab, obgleich er durch die Aussagen Chaumartin's stark belastet worden zu sein scheint. Aus Mariette Soubere, die sehr niedergeschlagen ist, läßt sich nichts herausbringen. Ravachol will ebenfalls jenem Morde durchaus fremd sein; er ließ sich in seinen Betheuerungen nicht dadurch irre machen, daß ihm ein junger Mann gegenübergestellt wurde, der versichert, er habe ihn am Abend des Mordes im Laden der Damen Marcon gesehen. Dagegen erzählte er noch dem

Petit Journal sehr umständlich und mit Anführung schauerlicher Einzelheiten, wie er die Gruft der Frau de Rochetaille aufgebrochen habe, um der Todten ihre Schmucksachen zu entwenden. Von dieser Grabschändung sei er jedoch ohne Beute zurückgekehrt. Auch diesmal erklärte er, keine Mitschuldigen gehabt zu haben.

Italien.

* **Rom**, 18. Mai. Das Parlament ist zum 25. d. M. einberufen.

Großbritannien.

* **London**, 18. Mai. Das Unterhaus verwarf mit 243 gegen 196 Stimmen eine von dem Abgeordneten Shaw-Lefevre beantragte Bill, wonach bei den Wahlen zum Parlament Niemand in mehr als einem Wahlkreis stimmberechtigt sein soll. Der Kanzler der Schatzkammer, Goschen, hatte die Bill mit dem Bemerken bekämpft, daß die bezweckte Reform nur zulässig erscheine, wenn gleichzeitig eine Neueintheilung der Wahlbezirke erfolge.

Dänemark.

* **Kopenhagen**, 18. Mai. Der König traf Nachmittags mit der Herzogin von Cumberland und Familie hier ein.

Rußland.

St. Petersburg, 18. Mai. Bei Eröffnung des zoologischen Gartens ereignete sich, lt. Strßb. Post, ein politisch gefärbter Skandal, bei dem das Buffet, die Musikhalle, die Spiegel, Kronleuchter, das Geschirr und die Möbel zum Theil zertrümmert und das anständige Publikum angegriffen wurde. Der Lärm ging aus von Studenten der Universität, der medizinischen Akademie, des Lyzeums und ähnlicher „Bildungsanstalten"; andere skandalsüchtige Burschen schlossen sich an. Diese betrunkenen Lärmmacher verlangten aber nicht, wie russische Blätter berichten, vom Orchester das Anstimmen der russischen Nationalhymne, sondern der Marseillaise, deren öffentliches Spielen bekanntlich seit der Abfahrt der Franzosen aus Kronstadt im Vorjahre wieder streng untersagt ist. Um die betrunkenen Schreier nun zur Ruhe zu bringen, fordete nun das übrige Publikum die Nationalhymne, die das Orchester auch sofort zweimal spielte. Wüthend zogen nun die Studenten zum Büffet, brüllten nach Schnaps, und als den Betrunkenen Schnaps verweigert wurde, begannen sie die schon angedeuteten Zerstörungen. Einer der Burschen zerschlug sogar das Gasleitungsrohr und es dauerte lange, bis die in geringer Zahl anwesende Polizei, unterstützt von dem anständigen Publikum, der Ruhestörer Herr wurde und die Rädelsführer festnehmen konnte. Die russische Presse verurtheilt übrigens auf's Schärfste das Betragen der russischen Studenten.

Serbien.

Belgrad, 18. Mai. In Smilnice, Altserbien, verhaftete die türkische Polizei zwei verdächtige reisende bulgarische Priester; sie nahm ihnen fünfzehn Briefe an bulgarische Führer in Macedonien ab, welche auf eine nahe bevorstehende Erhebung hinweisen.

Griechenland.

* **Athen**, 18. Mai. Das die Ursache des Zwiespaltes zwischen dem König und Delyannis bildende Militäravancement ist heute veröffentlicht. Der Kronprinz wurde zum Brigadegeneral befördert.

Baden.

* **Karlsruhe**, 19. Mai. Das Verordnungsblatt Nr. 29 der Generaldirektion der großh. bad. Staatseisenbahnen enthält das Viehseuchenübereinkommen zwischen dem deutschen Reiche und Oesterreich-Ungarn.

F. **Baden**, 19. Mai. Nachdem am 15. Mai die von 13 Fohlen im Alter von 1—3 Jahren begangene Winterwaidezeit auf der Fohlenwaide bei Rastatt geschlossen wurde, ist die Sommerwaide am darauf folgenden Tage eröffnet worden. Die Anmeldungen hierzu waren wieder so zahlreich eingegangen, daß 12 später eingekommene Aufnahmsgesuche bis Mitte Juni, bezw. so lange zurückgestellt werden mußten, bis die während der Beschälzeit dort aufgestellten Zuchthengste die Station verlassen haben werden. Am 16. Mai wurden 41 Fohlen im Alter von 1, 2 und 3 Jahren aus den Amtsbezirken Kehl, Achern, Bühl, Baden, Rastatt, Ettlingen, Karlsruhe, Eppingen, Pforzheim und Schwetzingen und ein älteres Pferd aus dem Elsaß zur Erholung angegriffener Beine und Hufe, zu welchem Zwecke die Waide den Herren Besitzern solcher Pferde nur dringend empfohlen werden kann (Preis für den Tag 1 M. 50 Pf.) zugeführt. Ende Juni werden die alten und die neuen Räume mit 53 Fohlen vollständig angefüllt und die Fohlenwaide Rastatt damit wieder wohl die mit Fohlen stärkst befahrene Waide des Landes sein. Die Preise sind so mäßig wie nur möglich gestellt, so daß auch der minder bemittelte Züchter die Waide beschicken kann. Es ist aus der diesjährigen Frequenz abermals die erfreuliche Thatsache zu ersehen, daß die Pferdezüchter sich der Einsicht über die Nothwendigkeit eines Waidgangs für ihre jungen Thiere und die Vortheile eines solchen gegenüber einer meist erfolglosen Stallaufzucht immer weniger verschließen.

♁ **Eppingen**, 18. Mai. Ungeachtet wir die drei Eismänner schon längst im Rücken haben und deßhalb eine mildere Temperatur zu erwarten wäre, ist es noch immer recht kühl und man könnte namentlich Morgens und Abends noch Feuer im Zimmer brauchen, wozu die in den letzten Tagen stattgefundenen Gewitterregen nicht wenig beigetragen haben. Doch ist man in der landwirthschaftlichen Bevölkerung mit dem Regen sehr zufrieden, da das Viehfutter nach einem solchen schon lange lechzte, auch andere Gewächse konnten denselben brauchen. Sonst steht ziemlich Alles schön und wenn wir bald warmes Wetter bekommen, so können wir ein gesegnetes Jahr erwarten. — Der zweite Viehmarkt wird morgen, Donnerstag, hier stattfinden und hofft man, wie beim vorigen Markt, auf einen regen Verkehr. Für einen passenden Platz ist in der Brettener Vorstadt Vorsorge getroffen, da der seitherige nicht für geeignet befunden wurde.

♁ **Vom Lande**, 18. Mai. Wenn, wie man aus dem Munde einzelner Abgeordneter hören kann, viele derselben dem Schluß des Landtags mit Sehnsucht entgegenharren, so gilt dies nicht weniger von den Wählern. Meines Erinnerns ist noch niemals in den weitesten Kreisen der Bevölkerung eine solche „Kammermüdigkeit" eingetreten, wie während der jetzigen Tagung der Landstände. Man mag Nachfrage halten, wo man will, von Männern aller Parteien erhält man die gleichlautende Antwort: „Ich mag die Kammerverhandlungen nicht mehr lesen." Selbst die Reden über das direkte und indirekte Wahlrecht sind auf dem Lande fast unbeachtet vorübergegangen, in ihrem ganzen Umfang von den Wenigsten gelesen worden. Die Ursache von diesem Zustande liegt darin, daß man es satt hat, an Stelle von sachlichen Ausführungen so häufig nur Wahlreden und Stimmfangbemühungen zu finden. Am meisten sind aber überall die Leute vom Wacker'schen Zorn übersättigt; selbst Ultramontane gestehen, wenn man mit ihnen über den Landtag zu reden kommt, daß sie seine Reden, die bekanntlich im Bad. Beobachter immer zwei Mal erscheinen, nicht mehr ansehen mögen. „Zuviel verdirbt das Spiel" und „überpfefferte Speisen verleiden bald".

* **Aus Baden**, 19. Mai. Vom 1. Juni d. Js. ab kommt zwischen Königsfeld und Peterzell (Bahnhof) eine weitere Bahnhofszufahrt zur Ausführung. — Die Feier der Eröffnung des Soolbades Dürrheim ist auf den 26. d. M. bestimmt; doch werden schon vom 20. Mai an Bäder abgegeben. — In Mannheim hat die Vereinigung für Ferienkolonien bereits wieder ihre Thätigkeit aufgenommen. — Bei der jüngst in Bollschweil stattgehabten Bürgermeisterwahl vereinigten sich sämmtliche Stimmen auf den bisherigen Bürgermeister, Hrn. Karl Grammelspacher. — Vorgestern verunglückte in Indlekofen der 20-jährige Sohn des Jos. Bächle, Landwirth von dort dadurch, daß ein Seil, mit welchem derselbe Bauholz aufzog, riß und das herunterfallende Holz ihn derart traf, daß er einen doppelten Beinbruch erlitt. — Der Veteranenverein Pforzheim unternahm letzten Sonntag einen Maiausflug nach Reichenbach, Schömberg und Kalmbach, an welchem sich die Mitglieder in großer Zahl betheiligten.

Verschiedenes.

Speyer, 18. Mai. Die Grundsteinlegung zu der Retscherkirche wird mit der evangelischen Bundesversammlung am 13.—15. Sept. vereinigt.

Reutlingen, 15. Mai. Die Feier der Enthüllung des hier auf der Planie bei der Kaiserstraße errichteten Denkmals für Kaiser Wilhelm I. ging heute Vormittag in gelungenster Weise von Statten. Die einfache eindrucksvolle Feier war vom herrlichsten Wetter begünstigt. Das Denkmal stellt sich als das ausgezeichnet gelungene Kunstwerk des Bildhauers Friedrich Dietrich in Berlin dar und ist mit seiner freundlichen Umgebung und dem herrlichen landschaftlichen Hintergrund von einer vorzüglichen Gesammtwirkung. Die Büste in doppelter Lebensgröße ist aus kararischem Marmor, sie steht auf einem kräftig entwickelten Sockel von polirtem Syenit und stellt die Züge des greisen Heldenkaisers so dar, wie er noch in den Herzen der Zeitgenossen lebt. Auf der Vorderseite des Sockels befindet sich das Reliefmedaillon des Kaisers Friedrich, links das Bismarcks, rechts Moltkes, ebenfalls alle in weißem Marmor, besonders die beiden letzteren in scharf ausgeprägter karakteristischer Auffassung. Die Rückseite trägt die Inschrift: „Kaiser Wilhelm I., dem Gründer des Deutschen Reichs aus Dankbarkeit gewidmet."

Tournay, 18. Mai. Durch die Explosion eines Naphtha enthaltenden Fasses verbrannte ein Haus. Mehrere Nachbarhäuser wurden beschädigt. Es gab einen Todten und mehrere Schwerverwundete.

Städtisches.

* **Karlsruhe**, 19. Mai. Die heutige Fremdenliste der hiesigen Gasthöfe führt als neu angekommen 419 Fremde auf.

Drahtberichte.

** **Berlin**, 19. Mai. Der Bundesrath überwies in der heutigen Sitzung den Antrag Badens, betreffend zollfreien Einlaß von Eisenbahnmaterialien, in die Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen und für Handel und Verkehr.

* **Berlin**, 19. Mai. Die Nordd. Allg. Ztg. bespricht die militärische Machtstellung Italiens und sagt, der Ausgang der Kabinetskrisis zeige, die italienische Nation sei von dem Bewußtsein durchdrungen, daß sie der ungeminderten Heeres- und Flottenmacht ihre Sicherheit verdanke. Deutschland begrüße das militärische Erstarken seines Verbündeten freudigst und erblicke darin ein Element der Befestigung des europäischen Friedensbundes.

** **München**, 19. Mai. (Reichsrathskammer.) Auf eine Anfrage des Frhrn. v. Hertlings, betreffend die Wiederzulassung der Redemptoristen, erwidert der Kultusminister, ein bezüglicher Antrag Bayerns liege dem Bundesrathe vor. Die Regierung dürfe mit Rücksicht auf Erfolg die Durchberathung des Antrags nicht drängen und überstürzen.

** **München**, 19. Mai. Der Reichsinvalidenfond übernahm 8 Millionen 4proz. Münchener Stadtanleihe zum Kurse von 102⅓ Proz.

** **Zürich**, 19. Mai. Der Maler Arnold Boecklin wurde heute vom Schlaganfall betroffen. Die halbe Seite ist gelähmt; der Zustand des Kranken ist nicht unbedenklich.

** **Wien**, 19. Mai. In Parlamentskreisen verlautet, der Finanzminister lehnte sein Erscheinen im Junczechenklub behufs Aufklärungen über die Valutaregelung ab.

** **Pesth**, 19. Mai. Zwischen der Regierung und der Opposition ist ein Kompromiß zu Stande gekommen, wonach die Leichenfeier für Klapka auf morgen vertagt ist und morgen die Sitzung ausfällt. Die Unabhängigkeitspartei beantragte im Abgeordnetenhause trotzdem Bestattung auf Staatskosten mit militärischen Ehren und Errichtung eines Grabdenkmals. Der Ministerpräsident erklärte sich gegen diesen Antrag. Nachdem die Nationalpartei sich den Anträgen der Unabhängigkeitspartei angeschlossen, wurde über dieselben mit 94 gegen 83 Stimmen unter starkem Tumulte zur Tagesordnung übergegangen.

* **Paris**, 19. Mai. Ein Lissaboner Gerücht meldet die bevorstehende Umbildung des Kabinets.

* **London**, 19. Mai. Lord Salisbury hob in einer Versammlung der Konservativen in Hastings den durchaus friedlichen Karakter der auswärtigen Angelegenheiten hervor. In dem Zwiespalt mit den Kapitalisten thäten die Arbeiter Unrecht, die Gesetzgebung anzurufen. Streike müßten zukünftig schiedsrichterlich geschlichtet werden. Gegen die im Auslande vorherrschende protektionistische Bewegung müsse England Reziprozitätsverträge abschließen.

** **Athen**, 19. Mai. Am gestrigen Abend ist der König mit der ganzen Familie zur Theilnahme an den Festlichkeiten nach Kopenhagen abgereist.

* **Frankfurt a. M.**, 19. Mai. (Abendkurse.) Kreditaktien 271 3/8, Staatsbahn 249 1/2, Lombarden 75 1/4, Dist.-Komm. 192.—, Aegypter 98.50, Ungarn —. Gelsenk. 133.10, Italiener —. Gotthard —. Matt.

* **Berlin**, 19. Mai. (Schlußkurse.) Diskonto-Komm. 192.50, Dortmunder 57.60, Bochumer 121.40. Schl. ermäß.

* **Paris**, 19. Mai. 3proz. Rente 97.82, 3pr. Portugiesen 29 1/4, Spanier 64 1/4, Türken 20.50, Banque ottom. 583, Ungarn —.— Rio Tinto 533.—. Banque de Paris 667. Matt.

Verantw. Redaktion: Friedrich Hannemann in Karlsruhe.

Karlsruhe. Tagesordnung zur 22. öffentlichen Sitzung der 1. Kammer auf Freitag, den 20. Mai, Vorm. 10 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung der Berichte der Budgetkommission a. über den Gesetzentwurf, die Ergänzung der Gehaltsordnung betr. Berichterstatter Geheimer Hofrath Dr. Engler. b. über die Anforderung von Dienstwohnungen. Berichterstatter Freiherr Ernst August von Göler. 3) Berathung der Berichte der gleichen Kommission zum Budget für 1892 und 1893 und zwar: a. des großh. Ministeriums der Finanzen Titel IX der Ausgabe und über den Nachtrag zu Titel III der Ausgabe. Berichterstatter Geheimer Kommerzienrath Diffené. b. des großh. Staatsministeriums über den Nachtrag zu Titel II § 3 der Ausgabe. Berichterstatter: Freiherr von Röder. c. des großh. Ministeriums des Innern über den Nachtrag zu verschiedenen Titeln des Budgets. Berichterstatter Freiherr von Racknitz. d. des großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts Titel VIII (Kultus), Titel IX (Unterrichtswesen) und Titel X (Wissenschafte und Künste) der Ausgabe; Titel III (Unterrichtswesen) der Einnahme sowie über die Nachträge zu Titel III und VI der Ausgabe. Berichterstatter Präsident Dr. Wielandt.

Karlsruhe. Tagesordnung zur 81. öffentlichen Sitzung der 2. Kammer auf Freitag, den 20. Mai, Vorm. 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Fortsetzung der Berathung des Kommissionsberichts zu dem Gesetzentwurf, die Besteuerung für allgemeine kirchliche Bedürfnisse betr., Berichterstatter Abg. Fieser.

Geboren.

Karlsruhe, 11. Mai. Heinrich, V. Heinr. Seiderer, Glasermeister. — 16. Mai. Rosa Margaretha, V. Friedr. Rößler, Eisenbahnschaffner; Rudolf Hermann, V. Gust. Hildenbrand, Blechner; Hilda, V. Karl Kramer, Güterbestätter. — 17. Mai. Friedrich Wilhelm, V. Karl Gräßer, Friseur.

Eheaufgebote

Karlsruhe, 19. Mai. Braun, Gregor, von Büchig, Taglöhner hier, m. Katharina Müller, Wwe., von Steinbach.

Eheschließungen

Karlsruhe, 19. Mai. Hely, Valentin, von Erlenbach, Wagner hier, m. Elisabetha Scharfelberger von Weingarten; Fichter, Josef, von Billigheim, Metzger allda, m. Maria Belle von dort; Heiligenthal, Karl, von Ubstadt, Bahnassistent hier, m. Wilhelmine Elser von Pforzheim; Müller, Wilhelm, von Heidelsheim, Werkmeister hier, m. Karolina Stiefvater von Hochhausen; Albrecht, Friedr., von Ettlingen, Kanzleiassistent hier, m. Emilie Schober von hier; Wald, Wilhelm, von Ottersweier, Metzger hier, m. Klara Hellmann von Rülzheim.

Gestorben

Karlsruhe, 18. Mai. Metzger, Karoline, Kesselschmieds Gattin, 70 J.; Gallus, Barbara, Postschaffners Gattin, 65 J. — 19. Mai. Stolz, Marie, Schneiders Gattin, 53 Jahre.

Baden, 17. Mai. Kanders, Maria, geb. Schäfer, 33 J.

Eichsel, 17. Mai. Schwander, Kunigunda, geb. Haberbusch, 67 Jahre.

Kehl, 17. Mai. Vogt, Michael, Holzhändlers Sohn, 19 J.

Konstanz, 17. Mai. Sauter, Dr. Richard, Stabsarzt.

Litschenthal, 17. Mai. Göhringer, Theresia, geb. Schwörer, 91 J.

Mannheim, 18. Mai. Friedmann, Klara, geb. Wertheimer, 24 J.

Neustadt, 18. Mai. Hug, Josefine, geb. Kaltenbach, 72 J.

Schiltach, 17. Mai. Bayhinger, Robert, Sägmühlenbesitzer, 40 J.

Meteorologische Beobachtungen.

Mai.	Morgens	Ort.	Bar. auf 0. Gr. u. d. Meeresniv. red. i. Mill.	Wind. Richtung.	Wind. Stärke.	Wetter.	Temp. in Celsiusgraden
19	8	Mullaghm.	761	WSW	mäßig	bedeckt	9
	8	Aberdeen	755	WNW	frisch	halb bed.	11
	8	Christiansd					
	8	Kopenhag.	757	S	leicht	Regen	7
	8	Stockholm	760	SSO	leicht	wolkenlos	8
	8	Haparanda	750	NW	mäßig	bedeckt	2
	8	Petersburg	757	WNW	schwach	bedeckt	4
	8	Moskau	762	S	leis. Zug	wolkenlos	14
	8	Cork	764	W	frisch	heiter	14
	8	Cherbourg	766	W	mäßig	heiter	10
	8	Helder	760	SW	frisch	halb bed.	11
	8	Sylt	757	W	schwach	halb bed.	10
	8	Hamburg	759	SW	schwach	bedeckt	11
	8	Swinemde.	761	SSW	frisch	Regen	9
	8	Neufahrwf	764	SW	schwach	wolkig	11
	8	Memel	764	SSW	schwach	halb bed.	8
	8	Paris	767	SSW	leicht	wolkig	15
	8	Münster	761	SW	mäßig	bedeckt	10
	8	Karlsruhe	766	SW	schwach	bedeckt	14
	8	Wiesbaden	764	W	leis. Zug	bedeckt	14
	8	München	768	SW	frisch	wolkig	11
	8	Chemnitz	765	S	schwach	Regen	8
	8	Berlin	763	S	mäßig	Regen	8
	8	Wien	768	OSO	leis. Zug	halb bed.	8
	8	Breslau	767	SW	schwach	bedeckt	10
	8	Ile d'Aix	768	NNW	schwach	halb bed.	13
	8	Nizza	766	NO	leicht	heiter	18
	8	Triest	767		still	halb bed.	17

(Uebersicht der Witterung.) Die gestern über der nördlichen Ostsee lagernde Depression hat sich zwar entfernt und hoher Druck bedeckt noch das Festland, doch ist die gestern im Nordwesten von Europa angedeutete Depression unerwartet schnell in die Nordsee hereingezogen; sie hat ihren Wirkungskreis auf ganz Nord- und Mitteleuropa ausgedehnt, so daß das Wetter trüb und regnerisch geblieben ist. Die Temperaturen sind überall gestiegen, doch liegen sie noch unter den normalen. Da das Ortsbarometer noch in raschem Fallen begriffen ist, so scheint sich die Herrschaft der Depression vorerst noch zu erhalten.

(Schwedische 10 Thlr.-Loose vom Jahre 1860.) Ziehung am 1. Mai. Auszahlung am 1. August 1892. Hauptpreise: Nr. 25474 5000 Thlr. Nr. 211034 1000 Thlr. Nr. 205910 500 Thlr. Nr. 19149 80564 175894 212321 je 150 Thlr. Nr. 20111 30277 69363 71978 75276 87267 186661 202565 215421 226135 je 60 Thlr. Nr. 53840 63884 65725 71832 74254 74781 87113 87284 104667 111313 149206 157465 160469 161330 193709 205665 206452 220668 227168 233879 je 35 Thlr. Alle übrigen gezogenen Nummern je 25 und 15 Thlr. (O. Gew.)

(Stadt Lüttich 100 Fr.-Fr. Loose vom Jahre 1860.) Ziehung am 2. Mai. Auszahlung am 1. August 1892. Hauptpreise: Nr. 9880 5500 Fr. Nr. 19749 3000 Fr. Nr. 13482 2000 Fr. Nr. 514 1500 Fr. Nr. 17414 1000 Fr. Alle übrigen gezogenen Nummern je 200 und 120 Fr. (O. Gew.)

(3%. Prämien-Schuldverschreibungen der allg. österr. Bodenkredit-Anstalt, Emission von 1880.) Ziehung am 16. Mai. Auszahlung am 1. Dez. 1892. Hauptpreise: Serie 2961 Nr. 7 45,000 fl. S. 1328 Nr. 67 2000 fl. S. 2667 Nr. 99, S. 3673 Nr. 68 je 1000 fl. Tilgungsziehung: Nr. 381 706 874 991 1014 1045 2406 2443 2500 3223 3975. (O. G.)

(Ungar. Hypothekenbank, 4%. Prämien-Obligationen.) Ziehung am 14. Mai. Auszahlung am 15. August 1892. Hauptpreise: S. 1835 Nr. 20 1500 fl. S. 238 Nr. 98, S. 851 Nr. 10 je 1000 fl. In der hierauf folgenden Tilgungsziehung wurden die nachstehenden 8 Serien 28 148 397 958 2034 2232 2474 3354 gezogen und werden dieselben mit dem Betrage von je 100 fl. eingelöst. (O. G.)

(Serb. Staats- (Tabak-) 10 Fr.-Loose v. Jahre 1868.) Ziehung am 13. Mai. Auszahlung am 13. Juni 1892. Hauptpreise: S. 4922 Nr. 64 150,000 Fr. S. 1522 Nr. 80 1000 Fr. S. 6608 Nr. 21 500 Fr. Alle übrigen gezogenen Nummern je 100 u. 50 Fr. Amortisationsziehung Nr. 733 3874 4902 5707 6279 6645 6748 7903 7939 8393 8972 9069. Die in diesen Serien entalten Nummern werden mit 12 50 eingelöst. (Ohne Gewähr.)

Der theuerste Champagner ist noch lange nicht der beste, dies beweist u. a. folgende Zuschrift eines Kunden, der Champagnerkenner und mehrfacher Millionär ist, an die Hochheimer Champagnerkellerei Bachem u. Tanter in Hochheim a. Main: „Ihr **Hochheimer Doktorsekt Silber** (Sparkling Hock) **bekommt mir am besten**; senden Sie mir wieder 50 Flaschen und reserviren Sie mir weitere 200 Flaschen für später, damit ich stets die **gleich gute** Qualität erhalte" u. s. w. — **Der Fabrikpreis dieser weltbekannten Konsummarke ist Mk. 2** für 1/1, M. 1.15 Pf. für 1/2 und 75 Pfg. für 1/4 Flasche. (Krankensekt 12/4 Mk. 10. — frko. Post); bei den **Wiederverkäufern** kommen hierzu noch die Frachtspesen. Dieser **billige und gute Sekt** wird für Deutschland und Belgien **halbtrocken** (demi sec), für Skandinavien **süß**, für England und die Kolonien **dry** oder **extra dry** und für Diabetiker **brut** geliefert, so daß jeder Geschmacksrichtung thunlichst entsprochen wird, worauf wir Sektliebhaber **besonders aufmerksam machen.** 2193.1

Prosp. gratis. Badeeinricht. 33 M. L. Weyl, Berlin 41. 1955.—7

Todesanzeige.

2208.1 Freunden u. Bekannten widmen wir die traurige Nachricht, daß unsere gute Mutter, Großmutter u. Schwiegermutter,

Karoline Haas, Wittwe, geb. Saallmann,

heute Vormittag 1/2 11 Uhr im Alter von 82 Jahren durch einen sanften Tod in ein besseres Jenseits abgerufen wurde.

Mannheim, den 19. Mai 1892.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen.

Ludwig Haas, Hauptlehrer.

Dies statt besonderer Anzeige.

Existenz!

2198.3.1 Eine der renommirtesten Hamburger Cigarrenfabriken bietet respectablen, solventen bezw. bürgschaftsfähigen Leuten sichere Existenz durch Einrichtung von Cigarrengeschäften großstädtischen Styles. Reflect. bel. sich zu melden sub **H. 04462** bei **Haasenstein & Vogler, A.-G., Hamburg.**

2205.1 **Eine gesunde Schenkamme** könnte sofort eintreten. Adresse durch das Kontor des Murgthäler in Gernsbach.

Dienfterledigung.

2138.2.1 Durch den Rücktritt des bisherigen Pflegvaters an unserer Rettungsanstalt in Durlach ist dessen Stelle erledigt und soll baldthunlichst mit einem verheiratheten Hauptlehrer evangelischer Religion besetzt werden.

Bewerber wollen sich innerhalb 10 Tagen bei der unterzeichneten Stelle unter Angabe ihrer persönlichen und Dienstverhältnisse schriftlich melden. Dabei bemerken wir, daß sich der Gehalt nach dem Dienstalter richten wird und daß der Rücktritt in den Schuldienst unseren Pflegvätern gewahrt bleibt. Ueber die sonstigen Verhältnisse gibt unser Vereinskassier — Geistlicher Verwalter Lubin, Sophienstraße Nr. 19 hier — Auskunft.

Karlsruhe, den 14. Mai 1892.

Direktion des Vereins zur Rettung sittlich verwahrloster Kinder im Großherzogthum Baden.

Szuhany.

2196.1 Jg. strebsamer Kaufmann, 25 Jhr., mitfr., von großer Figur **sucht Stellung als**

Buffetier oder Buchhalter

für **Kurhotel** 2c. Gefl. Off. sub **J. 1307** an **Rudolf Mosse, Dresden.**

Reichs-Versicherungs-Bank in Bremen,

Versicherungs-Gesellschaft a. G.

Einladung

zu der im **Gewerbehause**, Ansgariithorstraße 24 in **Bremen** am

Montag, den 13. Juni 1892, Nachmittags 4 Uhr,

stattfindenden

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1) Rechnungsablage und Ertheilung der Decharge.
2) Art der Liquidation. Wahl von Liquidatoren, beziehungsweise Neuwahl an Stelle der am 28. November 1891 gewählten Liquidatoren. 2209.2.1

Einlaßkarten können vom 1. Juni an bis Mittags 12 Uhr am Tage der Generalversammlung im Bureau der Bank in Bremen, Bahnhofsplatz Nr. 6, gegen Vorzeigung der Police und letzten Prämien-Quittung in Empfang genommen werden.

Bremen, den 14. Mai 1892.

Der Aufsichtsrath.

Druck und Verlag der Macklot'schen Buchhandlung und Buchdruckerei, Waldstraße Nr. 10 in Karlsruhe.